



WWF Erwartungspapier

Erwartungen an die COP27: Klimaschutz in herausfordernden Zeiten

Neben den beispiellosen Überschwemmungen in Pakistan im Sommer 2022, wurden in den letzten Monaten weltweit wieder Hitzewellen, Dürren, Brände und zunehmende Tropenstürme gemeldet. Die damit verbundenen Folgen erfordern eine konsequente Reaktion. Auf der COP27 müssen die Staatsoberhäupter deutlich machen, dass sie die gegebenen Zusagen einlösen und gemeinsam verhindern, dass die Klimakrise weiter außer Kontrolle gerät.

Fragen zum Klimaschutz sind eng mit vielen anderen globalen Herausforderungen verknüpft. Eine angemessene Reaktion auf die Klimakatastrophe ist entscheidend für Fortschritte bei der nachhaltigen Entwicklung und für die Bewältigung vieler Krisen, mit denen die Welt heute konfrontiert ist. Ohne eine rasche Umstellung auf nachhaltige und kohlenstofffreie Technologien werden sich geopolitische Bedrohungen und Spannungen verschärfen. Es wird schwieriger, die Natur zu schützen, nachhaltige Ernährungssysteme zu schaffen, die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen zu beseitigen und zur Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs) beizutragen.

Nachdem im vergangenen Jahr die COVID-19 Pandemie und die Wirtschaftskrisen Herausforderungen für Fortschritt und Umsetzung des Klimaschutzes und sogar für die COP26 in Glasgow waren, steht die Welt in diesem Jahr vor einer weiteren Krise ausgelöst durch den Krieg in der Ukraine. Seit März 2022 hat die russische Invasion in die Ukraine durch einen historischen Anstieg der Öl- und Gaspreise Auswirkungen auf die globalen Energiemärkte. Energiesicherheit ist zu einem Hauptanliegen von Politik geworden und erfordert insbesondere in Europa ein Umdenken. Eine weitere Sorge ist die Bedrohung durch eine zunehmende Nahrungsmittelkrise.

Ende dieses Jahres finden innerhalb weniger Wochen drei wichtige Treffen statt: die UN-Klimakonferenz (COP27) in Sharm el-Sheikh, Ägypten, die UN-Biodiversitätskonferenz in Montreal, Kanada, und der G20-Gipfel in Bali, Indonesien. Sie werden sich mit miteinander verbundenen Krisen in einem schwierigen und unruhigen geopolitischen Kontext auseinandersetzen. Dabei hat es die diesjährige deutsche G7-Präsidentschaft bisher verpasst wichtige klima- und energiepolitische Signale zur COP27 zu senden. Das Ergebnis der COP27 im November wird den Ton angeben und muss zeigen, dass die Weltgemeinschaft willens und in der Lage ist, Klimaschutzmaßnahmen zum Schutz von Mensch und Natur voranzutreiben. Außerdem bietet diese afrikanische COP die Gelegenheit, die besonderen Bedürfnisse und Umstände des afrikanischen Kontinents in den Mittelpunkt zu stellen.

Auf dem Weg der Implementierung: Ambitioniert und gerecht

Nachdem das Regelwerk des Pariser Abkommens auf der COP26 in Glasgow fertiggestellt wurde, muss sich die Arbeit nun auf die Umsetzung konzentrieren, um auf 1,5 °C ausgerichtete Maßnahmen zu erreichen. Der 6. Sachstandsbericht (AR6) des Weltklimarats (IPCC) liefert detailliertere Erkenntnisse über die wissenschaftlichen Grundlagen des Klimawandels und seine zunehmend verheerenden Auswirkungen in allen Regionen aber auch Klarheit über mögliche Lösungen.

Während derzeit weder die globalen Ambitionen noch die Implementierung auf einem 1,5 °C-kompatiblen Pfad sind, gibt der Bericht der Arbeitsgruppe drei des IPCC auch Anlass zu Optimismus: in allen Sektoren sind zunehmend kosteneffiziente Lösungen verfügbar, um die globalen Emissionen bis 2030 zu halbieren. Die Ziele des Pariser Abkommens sind immer noch erreichbar, wenn die Vertragsstaaten im Einklang mit den IPCC-Ergebnissen entscheidend handeln.

Für ein gutes COP27-Ergebnis müssen sich die Vertragsparteien und andere Entscheidungsträger:innen in diesem Jahr auf folgende Punkte konzentrieren:

- Dringende **Umsetzung von Sofortmaßnahmen** zur Minderung des Klimawandels in den nächsten 1-2 Jahren über einen sektorbasierten Ansatz und durch internationale Kooperation.
- Diese Sofortmaßnahmen müssen die in den nationalen Klimaschutzbeiträgen (Nationally Determined Contributions, NDCs) festgelegten **Maßnahmen und Ziele umsetzen und nach Möglichkeit darüber hinausgehen**. Sie sollten einen gerechten Wandel zu Netto-Null-Emissionen und klimaresilienten Wirtschaften, angetrieben durch 100 % Erneuerbare, bis Mitte des Jahrhunderts vorantreiben. Diese sollten darauf ausgerichtet sein, dass **2025 die Emissionen niedriger sind als 2020** und bis 2030 die Emissionen auf 43 % unter das Niveau von 2019 gesenkt werden.
- Schaffung der **Grundlage für ehrgeizigere Emissionsreduktionsmaßnahmen und -ziele für 2035** durch die Globale Bestandsaufnahme. Parallel dazu sollten die Bemühungen zur Schließung der Emissionslücke bis 2030 durch das Mitigation Work Programme, internationale Zusammenarbeit und nationale und subnationale Anstrengungen verstärkt werden.
- Dringende **Umsetzung von Klimaanpassung und Stärkung der Resilienz vor Ort** durch nationale, regionale und lokale Anpassungsprogramme, wie sie in den Nationalen Anpassungsplänen (NAPs), Anpassungsmitteilungen (AdCom), NDCs usw. dargelegt sind. Hierbei liegt ein Schwerpunkt auf den Bedürfnissen und Kapazitäten Afrikas und anderen vulnerablen Regionen, mit verbesserter und einfach zugänglicher Finanzierung durch Zuschüsse sowie verbesserter Unterstützung für Technologien und den Kapazitätsaufbau.
- **Erfüllung und Überschreitung des Ziels von 100 Mrd. USD Klimafinanzierung** von den Industrieländern in diesem Jahr und mehr als **600 Mrd. USD für den Zeitraum 2020-2025**, wobei mindestens die **Hälfte der öffentlichen Finanzmittel in die Anpassung** fließen und alle Länder daran arbeiten, alle öffentlichen und privaten Finanzströme mit den Klima- und Biodiversitätszielen und den SDGs in Einklang zu bringen.

Mitigation Work Programme: Sofortmaßnahmen zur Umsetzung vor Ort

Nachdem das multilaterale Klimaschutzregime finalisiert wurde, müssen sich alle Akteur:innen nun darauf konzentrieren wie sie diese und andere verfügbare Instrumente nutzen können, um die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Erreichung der Klimaziele erforderlich sind. Der IPCC hat bestätigt, dass die Emissionen in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts ihren Höchststand erreichen müssen, um eine Chance zu haben, die Erhitzung auf 1,5 °C zu begrenzen. Außerdem müssen die weltweiten Emissionen bis 2025 unter dem Niveau von 2020 liegen, um bis 2030 eine Reduzierung um 43 % gegenüber dem Niveau von 2019 zu erreichen. Gleichzeitig macht der IPCC deutlich, dass die Erreichung dieser Ziele viele kosteneffiziente, positive soziale und ökologische Auswirkungen haben kann – einschließlich mehr Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Ernährungssicherheit, Gesundheit und Lebensqualität.

Eine verstärkte internationale Zusammenarbeit kann kurzfristige und sofortige Maßnahmen beschleunigen, die weit über die bisherigen Ziele und Investitionen hinausgehen. Um dies zu erreichen, muss das Spektrum gemeinsamer Initiativen der Vertragsparteien und anderer Stakeholder ausgeweitet werden, um alle Sektoren rasch auf einen Pfad zu Netto-Null-Emissionen zu bringen.

Durch die Fokussierung auf Schlüsselsektoren, die für die Erreichung der Minderungs- und Anpassungsziele von zentraler Bedeutung sind, kann die Umsetzung des Pariser Abkommens beschleunigt und verstärkt werden. Strategien auf Sektorebene können Finanzmittel, Technologien und den Aufbau von Kapazitäten koordiniert mobilisieren, Emissionen vermeiden und die Resilienz in den Sektoren Energie, Ernährung, Verkehr, Bauwesen und anderen Sektoren stärken.

Regierungen, Unternehmen und andere Akteur:innen müssen die ehrgeizigen Zusagen, die auf der COP26 und in anderen Rahmen gemacht wurden, vollständig umsetzen und sicherstellen, dass die Forderungen mit schnellen und angemessenen Maßnahmen und Umweltintegrität untermauert werden. Sie sollten auch den Beschluss von Glasgow zur Energiewende ([1/CP.26 Absatz 20](#)) nutzen, um Sofortmaßnahmen im Energiesektor anzustoßen: Auf diese Weise sollte ein gerechter Wandel im Energiesektor mit dem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen (Kohle, Öl und Gas) und die weltweite Förderung von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und sauberen Technologien vorangetrieben werden.

Das in Glasgow vereinbarte Arbeitsprogramm zur dringenden Anhebung der Klimaschutzziele und ihrer Umsetzung bis 2030 (Mitigation Work Programme, MWP) ist die Chance, 1,5°C in Reichweite zu halten. Dieses Arbeitsprogramm zur Abschwächung der Folgen des Klimawandels muss von allen Parteien uneingeschränkt unterstützt und mit den Instrumenten und Ressourcen ausgestattet werden, die für eine wirksame Umsetzung erforderlich sind. Die Vertragsparteien müssen der Mobilisierung des politischen Willens, der finanziellen Ressourcen und der institutionellen Antworten, die für eine sektorale Umgestaltung erforderlich sind, einschließlich konkreter Maßnahmen zum Ausstieg aus fossilen Brennstoffen, Vorrang einräumen.

Die Parteien sollten das Arbeitsprogramm nutzen, um:

- klare und ehrgeizige sektorale Ziele zu setzen, im Einklang mit der Erreichung von Emissionssenkungen und der Vorteile für Gesellschaft und biologische Vielfalt, wie vom IPCC, den SDGs sowie dem Global Biodiversity Framework für die Zeit nach 2020 dargelegt.

- einen gerechten Übergang zu einer klimaresistenten Netto-Null-Wirtschaft zu gewährleisten, indem der Energiesektor auf Energieeffizienz und erneuerbare Energien umgestellt wird. Diese Wende muss einen schnellen Ausstieg aus allen fossilen Brennstoffen umfassen.
- Strategien für alle relevanten Sektoren zu entwickeln, einschließlich Ernährungssysteme, Energie, Verkehr, Abfall, Städte, Ozeane und Küstengebiete und dabei die Vorteile ausschöpfen, die sich aus naturbasierten Lösungen und Einbeziehung indigener Völker und lokaler Gemeinschaften ergeben.
- auf bestehenden und entstehenden multilateralen und regionalen Initiativen und Foren aufzubauen und sich mit diesen abzustimmen, sowie sowohl staatliche als auch nichtstaatliche Akteur:innen einzubeziehen, einschließlich sektoraler Initiativen der COP26 und der bevorstehenden Initiativen der COP27.
- eine Reihe von Minister:innen mit Entscheidungsbefugnis in den verschiedenen Sektoren einzubinden, damit diese sich das Programm zu eigen zu machen und politische Führung übernehmen.
- die bestehenden Finanz-, Technologie- und kapazitätsfördernden Mechanismen des UNFCCC und des Pariser Abkommens zu integrieren und die Finanzierung und andere Unterstützung für Entwicklungsländer auszubauen.
- sicherzustellen, dass die Bedingungen für erfolgreiche Klimaschutzmaßnahmen, die im AR6-Bericht der Arbeitsgruppe 3 des IPCCs genannten werden, insbesondere im Kontext der Entwicklungsländer gestärkt werden. Diese lauten: Finanzierung, technologische Innovation, Stärkung politischer Instrumente, institutionelle Kapazitäten, Multi-Level-Governance und Veränderungen menschlichen Verhaltens und Lebensweisen.
- Empfehlungen sollten in den Prozess der globalen Bestandsaufnahme (siehe unten) einfließen.
- festzuhalten, dass die jährlichen Minister:innentreffen die politische Richtung vorgeben und als Kontrollpunkte für gemeinsamen Fortschritte dienen, sowie auf die Syntheseberichte zu den NDCs und Langfriststrategien (LTS) und auf die Ergebnisse des AR6 zu reagieren.

Umsetzung der Energiewende: Eine einmalige Chance

Der Krieg in der Ukraine hat die Risiken der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen sowie die nicht klimabezogenen Kosten deutlich aufgezeigt. Saubere erneuerbare Energie ist jetzt mehr denn je entscheidend für die nationale Sicherheit, den globalen Frieden und Stabilität. Die Auswirkungen des Konflikts auf den Klimawandel sind noch unklar, sie hängen davon ab, wie die Länder den unmittelbaren Bedarf an fossilen Brennstoffen und den Übergang zu erneuerbaren Energien miteinander in Einklang bringen.

In dem Glasgower Klimapakt werden die Vertragsparteien aufgefordert, den Ausbau sauberer Stromerzeugung und Energieeffizienzmaßnahmen zügig voranzutreiben, einschließlich der Beschleunigung des Ausstiegs aus der unverminderten Kohleverstromung und der schrittweisen Abschaffung ineffizienter Subventionen für fossile Brennstoffe. Die Lösungen für die Krise sollten einen Kurswechsel einleiten, der zur Erreichung des Pariser Abkommens beiträgt. Die COP27 sollte auf der Dynamik und dem Beschluss des Glasgow-Pakts aufbauen, um die Energiewende voranzutreiben. Das MWP kann, wie oben beschrieben, ein wichtiges Instrument sein, um dies zu erreichen.

Ambitionssteigerung im Einklang mit dem Pariser Abkommen

Während die beschleunigte und sofortige Umsetzung von Maßnahmen kurzfristig essenziell ist, müssen sich die Vertragsparteien parallel dazu weiterhin auf die mittel- und langfristige Perspektive konzentrieren, wenn sie ihre nächsten NDCs mit einem Zeitrahmen bis 2035 entwickeln, die Ziele für 2030 nachbessern und ihre langfristigen Dekarbonisierungspläne entwerfen. Die Vertragsparteien müssen für all diese Zeiträume Pläne und Ziele vorlegen, die auf die Begrenzung der Erderhitzung auf 1,5 °C und auf den Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen und Umweltsysteme vor Klimaschäden ausgerichtet sind.

Bei diesen Prozessen sollte der Schwerpunkt auf dem gerechten Wandel durch sektorale und ökosystembasierte Ansätze liegen, aufbauend auf bestehenden Anstrengungen in den Bereichen, Wälder, Ozeane und Küstengebiete, Energie- und Ernährungssystemen, Städten, Gebäuden und Verkehr.

Die globale Ambitionsücke für 2030 schließen: Auf der COP26 erkannten die Vertragsparteien die Emissionslücke zwischen den an Paris ausgerichteten Pfaden und den NDCs für 2030 an. Der 6. Sachstandsbericht des IPCC bestätigte das Ausmaß dieser Lücke. Auf dieses Defizit und auf die Aufforderung nach überarbeiteten NDCs zur Schließung der Lücke muss die COP27 eine Antwort geben. Diese sollte eine Kombination aus verschiedenen Aspekten beinhalten: überarbeitete, auf 1,5°C ausgerichtete NDCs, beschleunigte Umsetzung mittels des beschriebenen Mitigation Work Programmes, konsequente Implementierung und Rechenschaftspflicht aller staatlichen und nicht-staatlichen Zusagen und zukünftige Optionen für ehrgeizigere Emissionsreduktionsziele für 2030, darunter auch die bis 2025 vorzulegende NDC-Runde im Anschluss an die globale Bestandsaufnahme.

Globale Bestandsaufnahme (Global Stocktake, GST) und Mitteilung der NDCs mit Zeitrahmen bis 2035: Die COP27 bietet die Möglichkeit, die bisherigen Erkenntnisse aus der ersten GST zu reflektieren und konkrete Ergebnisse zu entwickeln. Ein glaubwürdiger GST-Prozess muss eine breite und transparente Beteiligung von Vertragsparteien und Nichtvertragsparteien ermöglichen und die Ergebnisse des 6. Sachstandsbericht des IPCC berücksichtigen, unter anderem im Hinblick auf naturbasierte Lösungen, eine klimaresiliente Entwicklung, transformative Anpassung, Armutsbekämpfung, mehr Gerechtigkeit, Wasser- und Ernährungssicherheit, biologische Vielfalt und SDGs.

Im Zuge der COP27 sollte sichergestellt werden, dass der GST-Prozess mehr Transparenz über die Resultate des Prozesses schafft, der auf der COP28 abgeschlossen werden soll. Dies sollte die Entwicklung von sektoralen Dekarbonisierungs- und Resilienzstrategien sowie die Nutzung sektorübergreifender Vorteile beinhalten. Ein wesentliches Ergebnis muss die Einigung auf ein wissenschaftlich fundiertes an einem 1,5°C-Pfad ausgerichtetes globales Emissionsreduktionsziel für 2035 sein.¹

Second Periodic Review des Langfristziels (PR2): Die zweite regelmäßige Überprüfung und der strukturierte Expertendialog (Structured Expert Dialogue, SED) sind wichtige Gelegenheiten, um das Verständnis für langfristige Szenarien zu verbessern. Die Szenarien tragen dazu bei, dass alle Akteur:innen ein Höchstmaß an Ambition aufbringen, um gefährliche Folgen des Klimawandels zu verhindern.

¹ Ergänzung der AR6-Schätzungen des IPCC, wonach kosteneffiziente globale Kohlendioxidemissionen, die mit einer Erwärmung von 1,5 °C (begrenzte oder keine Überschreitung) vereinbar sind, bis 2030 um 50 % sinken müssten (BL:2010)

- Die Ergebnisse der PR2 sollten die zunehmenden Belege widerspiegeln, dass eine Erhitzung um mehr als 1,5 °C untragbare Risiken für natürliche und menschliche Systeme mit sich bringen wird, einschließlich der Risiken auch einer nur vorübergehenden Überschreitung.
- Die Ergebnisse der PR2 müssen die große Diskrepanz zwischen den derzeitigen Maßnahmen/Zielen und den Szenarien, die es uns ermöglichen, die Erhitzung auf 1,5 °C zu begrenzen, berücksichtigen. Außerdem müssen die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser Szenarien und die Folgen eines Scheiterns mitgedacht werden.
- Der SED muss ausreichend Zeit für ausführliche Präsentationen der federführenden Autor:innen der IPCC-Arbeitsgruppen II und III vorsehen und in Erwägung ziehen, weitere IPCC-Sonderberichte zu spezifischen Bereichen (z.B. zu Kippunkten) anzufordern.

Nachhaltige Ernährungssysteme fördern

Klima-, Biodiversitäts- und Ernährungskrise müssen gemeinsam gedacht und systemisch adressiert werden. Ernährungssysteme sind für ein Drittel der weltweiten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Diese Emissionen sollte reduziert werden, indem verbindliche Ziele für den Lebensmittelsektor in den NDCs festgelegt werden, eine agrarökologische (AÖ) Transformation unterstützen wird (z.B. durch nachhaltige Intensivierung innerhalb der Grenzen von AÖ im globalen Süden, „Ökologisierung“ der Landwirtschaft im globalen Norden) und die Förderung von veränderten Ernährungsgewohnheiten (z.B. stärkere pflanzenbasierte Ernährung), um vor allem im globalen Norden die Nutztierzahlen drastisch zu reduzieren. Ernährungssicherheit und Nachhaltigkeit können mit Ansätzen wie Bodenfruchtbarkeitsmanagement, Bodenschutz und -rehabilitierung, Diversifizierung des Anbaus, Stärkung regionale Wertschöpfungsketten und Knüpfung von Finanzdienstleistung an Ökosystemdienstleistungen (Green Finance) gewährleistet werden.

Anpassung und Loss & Damage: Antworten auf die Auswirkungen der Klimakrise

Bei der gegenwärtigen Erderhitzung von 1,1 °C über dem vorindustriellen Niveau werden sich Auswirkungen des Klimawandels weiter verstärken. Diese Entwicklung lässt sich nicht verlangsamen. Die Dürre am Horn von Afrika, verheerende Überschwemmungen in Pakistan und Nigeria, katastrophale Stürme, Waldbrände und Hitzewellen sind nur einige der Anzeichen für die Verschärfung der Klimakrise, die im Jahr 2022 zu beobachten ist. Laut dem Bericht der IPCC-Arbeitsgruppe 2 leben etwa 3,3 bis 3,6 Milliarden Menschen in Gebieten, die durch den Klimawandel stark gefährdet sind. Die derzeitigen Anpassungsmaßnahmen sind unzureichend, Fortschritte sind unausgewogen, und die Anpassung erfolgt nicht schnell genug. Umso bedenklicher ist es, dass nur 4 bis 8 % der Klimafinanzierung für Anpassungsmaßnahmen bereitgestellt wurden.

Die COP27 muss diese Klimaungerechtigkeit adressieren, indem sie entscheidenden Themen vorantreibt. Dazu gehören:

- **Globales Anpassungsziel (Global Goal on Adaptation, GGA):** Das Glasgow-Sharm el-Sheikh-Arbeitsprogramm zum GGA (GlaSS) sollte verdeutlichen, wie lokale, sektorale und nationale Maßnahmen beschleunigt werden können, und den gemeinsamen Fortschritt zur Erreichung des GGA bewerten.

Das GlaSS muss Anpassungslücken und notwendige Maßnahmen zur Unterstützung der dringendsten Bedarfe identifizieren, um transformative Anpassung auf internationaler und nationaler Ebene zu beschleunigen. Das Arbeitsprogramm muss auch klären, wie Ergebnisse in den GST einfließen können. Außerdem sollte die COP27 beschließen, dass das GGA ein ständiger Agenda-punkt wird.

- **Anpassungsfinanzierung:** Auf der COP27 müssen Vertragsparteien die Verdoppelung der Anpassungsfinanzierung vorantreiben und einen Fahrplan mit einem Mechanismus zur Rechenschaftslegung aufstellen, um dies gemäß den Glasgow-Beschlüssen bis 2025 zu erreichen. Der Zugang zur Anpassungsfinanzierung, der Bedarfs und die Lücken durch das GlaSS-Arbeitsprogramm müssen auch in die neue Diskussion über ein gemeinsames quantifiziertes Klimafinanzierungsziel einfließen.
- **Nationale Anpassungspläne (National Adaptation Plans, NAPs):** Seit 2010 ermöglicht der NAP-Prozess den Vertragsparteien den mittel- und langfristigen Anpassungsbedarf zu ermitteln und entsprechende Strategien und Programme zu entwickeln und umzusetzen. Bis Februar 2022 hatten erst 34 Länder [ihre NAPs eingereicht](#). Alle Länder müssen ihre NAPs fertigstellen und mit der Umsetzung beginnen. Die Industrieländer müssen die notwendige Unterstützung leisten.
- **Anpassungsmittelung (Adaptation Communications):** Bis heute haben 47 Länder ihre [Anpassungsmittelungen eingereicht](#). Die COP27 sollte einen Beschluss fassen, bis zur COP28 einen Synthesebericht über die in den NAPs und den Anpassungsmittelungen enthaltenen Anpassungsmaßnahmen zu erstellen. Dieser Bericht sollte Prioritäten aufzeigen, darlegen, wie Lücken in einer beschleunigten Umsetzung behoben werden können und zum GST beitragen.
- **Schäden und Verluste (Loss and Damage, L&D):** Die COP27 sollte die Einrichtung einer Finanzierungsfazilität für L&D im Rahmen des UNFCCC-Finanzierungsmechanismus mit einem eigenen Fonds beschließen. Zusätzlich zur Finanzierung von Minderungs- und Anpassungsmaßnahmen, muss auch L&D ein Element des neuen kollektiven quantifizierten Ziels (NCQG) sein. Außerdem sollten die Vertragsparteien die vollständige Operationalisierung des Santiago Network on Loss and Damage gewährleisten sowie die entsprechende Finanzierung und Kapazität, die es für seine Aufgabe benötigt.

Bereitstellung und Mobilisierung internationale Klimafinanzierung

Ohne die Bereitstellung deutlich aufgestockter, adäquater und leicht zugänglicher finanzieller, technologischer und kapazitätsbildender Unterstützung für die Entwicklungsländer besteht keine Chance die Pariser Klimaziele zu erreichen. Wie wichtig die Kapazitäten sind, zeigt die Tatsache, dass 113 der 169 Entwicklungsländer in ihren NDCs als Bedingung für ihre Umsetzung Capacity Building aufführen.² Die Stärkung institutioneller Kapazitäten ist eine Voraussetzung für die Bewältigung von Governance-Problemen. Die IPCC-Arbeitsgruppe 3 stellt außerdem fest, dass die Finanzflüsse für fossile Brennstoffe immer noch größer sind als die für Minderungs- und

² Pauw, W. P., P. Castro, J. Pickering, und S. Bhasin, 2020: Conditional nationally determined contributions in the Paris Agreement: foothold for equity or Achilles heel? *Clim. Policy*, 20(4), 468–484, doi:10.1080/14693062.2019.1635874.

Anpassungsmaßnahmen. Ferner stellen sie fest, dass eine beschleunigte internationale finanzielle Zusammenarbeit ein entscheidender Faktor für treibhausgasarme und gerechte Transition ist und Ungleichheiten beim Zugang zu Finanzmitteln sowie den Kosten und der Vulnerabilität gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels beseitigen kann. Die Einhaltung finanzieller Verpflichtungen ist wesentlich für den Aufbau von Vertrauen in das Klimaregime und ein gemeinsames Engagement für eine gerechte Verteilung der globalen Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels. Bis zum Abschluss der COP27 müssen die Vertragsparteien Folgendes erreichen:

- Vertrauen herstellen, dass es den Industrieländern gelingen wird in diesem Jahr mindestens 100 Mrd. USD bereitzustellen und die Finanzierung in den kommenden Jahren zu erhöhen, um die Bereitstellung von insgesamt mindestens 600 Mrd. USD über den Zeitraum von 2020 bis 2025 zu gewährleisten.
- Die Anpassungsfinanzierung in diesem Jahr deutlich aufstocken und mindestens 50% der öffentlichen Klimafinanzierung zur Unterstützung von Anpassungsmaßnahmen bereitstellen.
- Einigung auf eine Arbeitsdefinition der Klimafinanzierung, die auf der laufenden Arbeit des Ständigen Finanzausschusses aufbaut.
- Etablierung eines konstruktiven Dialogs über das neue kollektive quantifizierte Klimafinanzierungsziel (New Collective Quantified Goal on Climate Finance) für die Zeit nach 2025. Hierfür sollten klare Etappenziele für ein NCQG festgelegt werden, um die Verhandlungen abzuschließen und auf der COP 29 eine Entscheidung zu treffen. Schaffung eines gemeinsamen Verständnisses der verfügbaren Optionen als Grundlage für eine drastische Aufstockung der Klimafinanzierung in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts und darüber hinaus.
- Einigung auf notwendige Elemente, um Artikel 6 vollständig und mit ökologischer Integrität operationalisieren. Dies sollte die Entwicklung einer weit verbreiteten Kohlenstoffbepreisung beschleunigen, die Investitionen kanalisieren und an den Klimazielen ausrichten kann und Finanzmittel für einen gerechten Wandel zu einer Netto-Null-Wirtschaft und einer klimaresilienten Wirtschaft sowie für Anpassungsmaßnahmen sowohl durch marktwirtschaftliche als auch nicht marktwirtschaftliche Maßnahmen generiert. Die COP27 muss den Schaden minimieren, den die Entscheidung der COP26, den Übertrag von Zertifikaten aus der Zeit vor 2020 zuzulassen, für die Marktmechanismen nach Artikel 6 bedeutet.
- Einigung auf die Einrichtung einer Finanzierungsfazilität für Verluste und Schäden im Rahmen des UNFCCC-Finanzierungsmechanismus auf der COP27 und Festlegung eines Prozesses für ihre rechtzeitige Operationalisierung mit spezifischen neuen Mittelquellen.

Stärkung der Beteiligung

Der WWF ist der Überzeugung, dass die Organisation der UN-Klimaverhandlungen auf dem uneingeschränkten Zugang und der effektiven Beteiligung der Zivilgesellschaft an allen Prozessen und Veranstaltungen beruhen muss. Der WWF unterstreicht die Dringlichkeit eines inklusiven internationalen Prozesses zur Umsetzung des Pariser Abkommens. Ohne die Beteiligung der Zivilgesellschaft wird es der Welt unmöglich sein, die seit 2015 festgelegten Ziele und Verpflichtungen zu erreichen. Die Einbeziehung der unmittelbaren Wissensträger und Leidtragenden der klimabedingten Folgen ist entscheidend, um gerechte Lösungen für die Regierung und die gesamte Ge-



sellschaft zur Bewältigung der Zwillingskrise des Klimawandels und des Verlusts der biologischen Vielfalt zu finden.³

Erwartungen an Deutschland

Deutschland ist es während der diesjährigen G7-Präsidentschaft nicht gelungen einen Durchbruch in der internationalen Klimapolitik zu erreichen und damit ein positives Signal zur COP27 zu senden. Die G7-Staaten konnten sich weder auf ein Ende fossiler Brennstoffe einigen noch konkrete Zusagen machen, wie sie das 100 Mrd. USD Ziel erreichen möchten. Auch die Finanzierung von fossilen Infrastrukturprojekten im Ausland möchten die G7-Staaten nur mit Einschränkungen in diesem Jahr beenden. Demnach sollen Projekte, die in Einklang mit der 1,5 °C-Grenze sind, hiervon ausgenommen sein. Allerdings sind die Kriterien fraglich und welches Gasprojekt dies gewährleisten kann. Langfristig darf Energiesicherheit nicht weiter als Ausrede genutzt werden und zu einem fossilen Lock-in führen.

Der Blick muss in Deutschland und weltweit auf dem **Ausbau erneuerbarer Energien und Effizienz** liegen. Innerhalb der EU muss Deutschland darauf hinwirken, dass ein aktualisiertes NDC, das mit der 1,5 °C-Grenze vereinbar ist – mit einem **deutlich erhöhten Minderungsziel eingereicht** wird (Prüfung der Machbarkeit von 65 % Reduktion bis 2030). Um die globale Emissionsreduktion und die Implementierung der Klimaschutzziele für 2030 zu beschleunigen, sollte Deutschland während der COP27 auf ein robustes **Mitigation Work Programme bis 2030** hinwirken.

Umsetzung von Klimaschutz in Deutschland

In ihrem Koalitionsvertrag hat die Bundesregierung der Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele oberste Priorität eingeräumt. Im ersten Halbjahr 2022 wurden zwar entscheidende Weichen für einen Ausbauturbo bei den Erneuerbaren Energien gestellt, allerdings ist die Erreichung der neugesetzten Ziele noch nicht absehbar. Es bleibt dabei: Wir brauchen mehr Geschwindigkeit in der Umsetzung eines sektorübergreifenden und ganzheitlichen Klimaschutzes. Daher sollte ein ambitioniertes und umfassendes Klimaschutz-Sofortprogramm verabschiedet werden. Gerade der Gebäude- und Verkehrssektor müssen auf einen 1,5 °C-kompatiblen Pfad gebracht werden. Hierfür bedarf es dringend einer ambitionierteren Politik. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat auf dramatische Weise gezeigt, welche Konsequenzen die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern mit sich bringt. Diese Abhängigkeit gilt es durch Investitionen in die Transformation umgehend aufzulösen. Nur die Erneuerbaren führen uns mittel- und langfristig aus der Krise heraus. Es gilt hohe Energiepreise sozialverträglich abzufedern. Hierfür ist der Ab- und Umbau klima- und umweltschädlicher Subventionen ein wichtiges Mittel. Außerdem sind staatliche Entlastungsmaßnahmen für Unternehmen und Industrien an Klimaschutzauflagen zu binden.

Gleichzeitig muss Deutschland seinen **Anteil an der internationalen Klimafinanzierung zur Unterstützung der ärmeren Staaten erhöhen**. Beim Petersberger Klimadialog 2022 hatte Bundeskanzler Scholz das Versprechen wiederholt den Anteil von derzeit jährlich vier Mrd. Euro auf mindestens sechs Mrd. Euro bis 2025 zu

³ Plataforma Cipó, 2022, verfügbar unter <https://ggin.stimson.org/lib/policy-paper/civil-society-participation-in-cop26-barriers-and-contributions/>



erhöhen. Allerdings sollte der deutsche Anteil auf jährlich acht Mrd. Euro bis 2025 erhöht werden, um angesichts der Wirtschaftskraft und Verantwortung angemessen zu sein. Hiervon müssen **50 Prozent für Anpassungsmaßnahmen** bereitgestellt werden. Insgesamt muss sich Deutschland dafür einsetzen, dass das 100 Mrd. USD Ziel schnell erreicht wird.

Die COP27 muss ein **sicherer Raum für inklusive zivilgesellschaftliche Beteiligung und freie Meinungsäußerung** sein. Deutschland muss sich dafür einsetzen, dass dies vor allem auch für die ägyptische und internationale Zivilgesellschaft zutrifft.